

## Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 27.8.07

Sitzungsort: Sitzungszimmer A 013

Beginn der Sitzung um 18.15 Uhr.

Ende der Sitzung um 20.00 Uhr.

Vorsitz führte: Bürgermeister Kreuzberg

### Mitglieder

- Dahmen
- Hosmann
- Klug
- Küster
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Breu (2. stv. Vors.)
- Dr. Petran

- Schmitz, H.

- vom Hagen

- Pitz

### Verwaltung

- Kreuzberg
- Brandt
- Freytag
- J.v. Bothmer
- Schiffer
- Becke - 10 -
- Gast - 10 -
- Gardemann - Stadtwerke -
- 
- 
- 

### Schriftführerin

M. Müller

### Gäste

- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 
- 

### Stellvertretende Mitglieder

- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU

- SPD
- SPD
- SPD

fw/bVb

Grüne

FDP

Bürgermeister  
Beigeordneter  
Stadtkämmerer  
GLB  
- 01-

- Dr. Dahm
- Gerharz, F.J.
- Vogel
- Stilz
- Boley
- Ehrenstein
- Falkenstein
- Fischer
- Dr. Frantziach-Immenkeppel
- Gerharz, Th.
- Hepp
- Pohl
- Pütz
- Rau
- Schumacher
- Simons
- Vetterling

- Blanke
- Heck
- Grafe
- Dr. Conen
- Jung
- Reinkemeier
- Salvador
- Vilkmann
- Wehrhahn

- Baule
- Arth
- Bohlken
- Mainzer
- Müller
- Bortlitz-Dickhoff
- Niclasen
- Schönhütte
- Weber

- Brämer

- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU
- CDU

- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD
- SPD

- fw/bVb
- fw/bVb
- fw/bVb
- fw/bVb
- fw/bVb

- Grüne
- Grüne
- Grüne
- Grüne

FDP

A) Öffentlicher Teil	4
1. Niederschriften vom 14.5., 21.5. und 18.6.07	4
2. Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW	4
2.1 Barrierefreie Stadt	4
hier: Antrag von Herrn Willi Löhning vom 26.6.07	4
Vorlage-Nr. 40/02 d	4
3. Resolution für die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Brühler Bahnhof	4
Bezug: Rat 18.6.2007	4
Vorlage-Nr. 40/02 e	4
4. Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Brühl über die Zulassung zusätzlicher Warenarten gem. § 67 Abs. 2 Gewerbeordnung (GewO) auf den Wochenmärkten der Stadt Brühl	5
Vorlage-Nr. 42/85 d	5
5. Anträge	6
5.1 Ausschreibung von Versicherungsleistungen	6
hier: Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 18.6.07	6
Vorlage-Nr. 36/07 + a	6
5.2 Heizungsanlagen in städtischen Gebäuden	8
hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 8.8.07	8
Vorlage-Nr. 37/07	8
5.3 Sachstandsbericht Wirtschaftsförderung	8
hier: Antrag der Grünen-Fraktion vom 16.11.06	8
Bezug: Rat 11.12.06	8
Vorlage-Nr. 193/88 b + c	8
5.4 Zweigleisiger Ausbau der Stadtbahnlinie 18 von Brühl-Mitte bis Schwadorf	9
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 10.8.07	9
Vorlage-Nr. 290/81 u	9
6. Genehmigung einer Dienstreise nach Kunice/Polen	11
Vorlage-Nr. 130/91 q	11
7. Mitteilungen	11
7.1 Haushaltseinbringung	11
8. Anfragen	12
8.1 Krups-Gutachten; Lenkungskreis	12
8.2 Regenpfütze	12
8.3 Straßenbauarbeiten Mühlenstraße	12
8.4 Übergangsheim Burgstraße	12
8.5 Veranstaltungen auf dem Parkplatz Eisenwerk	12
8.6 Phantasialand	13

8.7 Trennung Kommunalwahl/Bundestagswahl	13
8.8 Bauarbeiten Kaiserstraße/Schulstraße	13
B) Nichtöffentlicher Teil	15
9. Einstellungen, Beförderungen, Höhergruppierungen und Personalebewegungen	15
Vorlage-Nr. 62/95 bq	15
10. Niederschlagung einer Forderung	15
Vorlage-Nr. 38/07	15
11. Befristete Niederschlagung	16
11.1 Rückforderung	16
Vorlage-Nr. 39/07	16
11.2 Benutzungsgebühren	16
Vorlage-Nr. 37/06 a	16
12. Anfragen	16
12.1 Finanzielle Situation Max-Ernst-Museum	16
hier: Anfrage der SPD-Fraktion vom 23.4.07	16
Bezug: Rat 23.4.07	16
Vorlage-Nr. 44/00 de	16
12.2 Einladungsliste	16
13. Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Brühl über die Zulassung zusätzlicher Warenarten gem. § 67 Abs. 2 Gewerbeordnung (GewO) auf den Wochenmärkten der Stadt Brühl	17
Vorlage-Nr. 42/85 d	17

**Bürgermeister Kreuzberg** eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

#### **Zur Tagesordnung:**

**Bürgermeister Kreuzberg** bittet um Ergänzung der Tagesordnung um die als Tischvorlage ausgelegte Vorlage „Genehmigung einer Dienstreise nach Kunice/Polen“, Vorlage-Nr. 130/91 q.

---

Der Hauptausschuss stimmt der Ergänzung der Tagesordnung zu.

- einstimmig -

#### **A) Öffentlicher Teil**

##### **1. Niederschriften vom 14.5., 21.5. und 18.6.07**

Gegen die Fassung der Niederschriften werden keine Einwände erhoben.

##### **2. Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO NW**

###### **2.1 Barrierefreie Stadt**

hier: Antrag von Herrn Willi Löhning vom 26.6.07  
Vorlage-Nr. 40/02 d

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Antrag an den Verkehrsausschuss weitergeleitet wurde.

##### **3. Resolution für die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Brühler Bahnhof**

Bezug: Rat 18.6.2007  
Vorlage-Nr. 40/02 e

**Bürgermeister Kreuzberg** führt aus, dass es sich hier um eine unendlich unbefriedigende Geschichte handele und beim damaligen Umbau des Bahnhofs Chancen vertan worden seien. Die Vorschläge seitens der Bahn seien nicht praktikabel. Er habe daher in der letzten Ratssitzung zugesagt, eine Resolution vorzulegen, um damit nochmals Druck auf Herrn Mehdorn auszuüben.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) erklärt, dass seine Fraktion die vorliegende Resolution ausdrücklich begrüße. Es sei allerdings vor dem Hintergrund der Vorlage des Berichts des Behindertenbeauftragten der Stadt Brühl verwunderlich, dass hier die Bundesbahn zur Einhaltung des Behindertengleichstellungsgesetzes angemahnt werde, obwohl die Stadt Brühl wohl selber die gesetzlichen Vorschriften nicht beachte. Darüber hinaus habe der Bericht des Behindertenbeauftragten ergeben, dass die Zuständigkeiten in der Verwaltung für diese Aufgaben offensichtlich unklar seien. Er schlage daher vor, die Resolution - in abgeänderter Form - auch an die eigene Verwaltung zu richten.

**Bürgermeister Kreuzberg** bezeichnet es als sehr politisch, diesen Tagesordnungspunkt zur Abgabe solch populistischer Ausführungen zu missbrauchen. Hier an dieser Stelle sollte man eigentlich eine Chance gemeinsam wahrnehmen. Über den Bericht von Herrn Schlerth werde man im Übrigen an anderer Stelle noch sprechen. Er habe diesen Bericht in vollem Bewusstsein der Dinge, die dort formuliert seien, weitergegeben, um die Angelegenheit zu thematisieren. Allerdings entspreche der Bericht nicht in allen Punkten den Tatsachen.

Er schlage jedoch vor, sich zunächst auf die Resolution an die Bahn zu konzentrieren.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) macht deutlich, dass seine Fraktion die Resolution ebenfalls begrüße.

Er könne es sich jedoch nicht verkneifen, kurz auf den Bericht des Behindertenbeauftragten einzugehen, den er in einigen zentralen Teilen für unangemessen halte und er viele ordnungsgemäß umgesetzte Maßnahmen nicht erwähne. Natürlich sei es richtig, dass der Behindertenbeauftragte entsprechend seiner Aufgabe die „Finger in offene Wunden legen müsse“. Man habe allerdings zunehmend Probleme mit der Stringenz der Gesetzgebung. Es würden vielfach neue Gesetze erlassen, die mit dem noch geltenden Recht nicht kompatibel seien. Er hätte daher gerne von der Verwaltung gewusst, in welchen Fällen diese Inkompatibilität zu Problemen führe.

**Ratsfrau Küster** (CDU) ergänzt, dass auch die Sichtweise eine große Rolle spiele. So könne sie es z.B. überhaupt nicht nachvollziehen, dass der Neubau der Offenen Ganztagschule an der Martin-Luther-Schule angeblich nicht behindertengerecht sei. Es gebe hier ebenerdige Räumlichkeiten für 25 potentiell behinderte Kinder. Insofern sei ein Behindertenbericht sicherlich notwendig und richtig; die Betrachtungsweise sei allerdings teilweise nicht korrekt.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz, H.** (fw/bVb) kommt auf die Resolution zurück, um die es hier gehe und teilt mit, dass seine Fraktion diese ebenfalls befürworte.

---

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt die als Anlage beigefügte Resolution für die Schaffung eines barrierefreien Zugangs zum Brühler Bahnhof.

- einstimmig -

**4. Ordnungsbehördliche Verordnung der Stadt Brühl über die Zulassung zusätzlicher Warenarten gem. § 67 Abs. 2 Gewerbeordnung (GewO) auf den Wochenmärkten der Stadt Brühl  
Vorlage-Nr. 42/85 d**

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) teilt mit, dass seine Fraktion mit der Vorlage inhaltlich keine Probleme habe. Allerdings habe nach seinem Kenntnisstand die Interessengemeinschaft Balthasar-Neumann-Platz noch Gesprächsbedarf; ein Termin mit der Verwaltung sei wohl für diese Woche vereinbart. Aus diesem Grunde bitte er, den Tagesordnungspunkt zu vertagen.

**Bürgermeister Kreuzberg** hält dem entgegen, dass das Gespräch seines Wissens nichts mit der Vorlage zu tun habe, da es hier um die Festlegung der Gegenstände des Marktverkehrs gehe. So sehr er auch die Initiative der Anlieger des Balthasar-Neumann-Platzes begrüße, so halte die Verwaltung doch fest an ihren Vorstellungen, die im Übrigen für alle Märkte gelten. Da die Beschlussfassung ohnehin erst in der Ratssitzung am 17. September erfolge, könne die Angelegenheit bis dahin noch geklärt werden.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) bittet, den Punkt noch einmal in nichtöffentlicher Sitzung aufzurufen.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) fragt, ob es tatsächlich gewünscht sei, dass der Frischemarkt, der bisher ein Lebensmittelmarkt sei, um diese Produkte erweitert werden solle.

**Bürgermeister Kreuzberg** erklärt, dass es gerade darum gehe, auf dem mittwochs in der Innenstadt durchgeführten Frischemarkt keine zusätzlichen Waren zuzulassen. Dies sei bisher ausdrücklich nicht geregelt gewesen.

---

Der Hauptausschuss verweist die Vorlage zur Beschlussfassung an den Rat.

- einstimmig -

## 5. Anträge

### 5.1 Ausschreibung von Versicherungsleistungen

hier: Antrag der fw/bVb-Fraktion vom 18.6.07

Vorlage-Nr. 36/07 + a

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

---

**Fraktionsvorsitzender Schmitz**, H. (fw/bVb) bemerkt, dass im Betreff der Verwaltungsvorlage nicht Bezug genommen werde auf den Antrag seiner Fraktion.

Zur Vorlage selbst kritisiert er zunächst die auf Seite 3 genannten unbefristeten Verträge mit der Provinzial und dem GVV. Diese Monopolstellungen seien vergaberechtlich bedenklich.

Richtig sei vielmehr das auf Seite 4 angesprochene Verfahren der Ausschreibungspflicht, welches getrennt nach einzelnen Versicherungssparten vorzunehmen sei.

Auf S. 5 der Vorlage werde der GVV als Verein ohne Gewinnerzielungsabsicht dargestellt. Dies sei für Brühl jedoch völlig irrelevant, da es nur um die Höhe der Jahresprämie gehe. Im Übrigen handele es sich bei den als besonders vorteilhaft hervor gehobenen Beitragsrückerstattungen nicht um einen außergewöhnlichen Geldsegen; vielmehr seien solche Erstattungen auch bei anderen Versicherungen üblich.

Im vorletzten Absatz auf S. 5 seien mit den Begriffen „hätte“ und „könnte“ zu viele vage und unkonkrete Äußerungen gemacht worden. Aus der Verwaltungsvorlage sei auch nicht zu entnehmen, welche Versicherungsleistungen abgewickelt worden seien. Nicht nachvollziehbar sei schließlich die Aussage im letzten Absatz auf S. 5, dass nur der GVV als Bieter in Betracht komme, da er sich auf die Abwicklung kommunaler Haftpflichtschäden besonders spezialisiert habe. S. E. hätten auch andere Versicherungen sich mittlerweile auf kommunale Haftungsschäden spezialisiert.

Nicht nachzuvollziehen sei darüber hinaus die Aussage im 2. Abs. auf S. 6 der Vorlage, dass es eine Ausschreibung nicht geben werde, obwohl diese wirtschaftlich sinnvoll und vergaberechtlich korrekt sei.

Hinsichtlich der Kfz-Versicherung habe er telefonisch bei dem GVV nachgefragt und erfahren, dass sich die unbegrenzte Deckungshöhe nur auf Sachschäden beziehe und nicht auf Personenschäden. Es gebe keine Versicherung, die eine unbegrenzte Deckung von Personenschäden anbiete. Eine Autoflottenversicherung, wie sie für den GVV besonders hervorgehoben werde, gebe es auch bei anderen Versicherungen. Diesbezüglich fehle im Übrigen in der Vorlage die Angabe der Anzahl der Fahrzeuge und die Schadensquote.

Auf S. 7 der Vorlage wird deutlich, dass die Notwendigkeit einer künftigen öffentlichen Ausschreibung erkannt sei. Dennoch verfare man am Markt und am Vergaberecht vorbei. Unterstützen müsse man hier das örtliche Rechnungsprüfungsamt, welches schon seit Jahren die Ausschreibung fordere.

Richtig sei, dass verschiedene Versicherungen erst zum 1.1.2009 gekündigt werden könnten. Bei den Kfz-Versicherungen gelte jedoch die Ein-Monats-Kündigungsfrist.

Die erwähnten „Wohltaten“ der Provinzial seien im Übrigen bei überhöhten Prämien Peanuts.

Die Verwaltungsvorlage sage auf S. 8 schließlich aus, dass es in 5 Jahren zu ungefähr 300 Schäden mit einem Volumen von ca. 500.000 € gekommen sei. Pro Jahr seien daher Schäden in Höhe von ca. 100.000 € reguliert worden. Die Versicherungsprämie liege bei 130.000 €. Unter Berücksichtigung der Versicherungssteuer müsse man befürchten, dass in Kürze eine Prämienanpassung erfolge.

Eine Selbstversicherung - wie in der Vorlage angesprochen - sei nach Ansicht seiner Fraktion zu riskant. Allgemein sei in der Vorlage s.E. eine offensichtliche Tendenz zur Beibehaltung der Verträge mit den beiden Monopolisten erkennbar, egal was dies koste.

Abschließend fragt er, ob es in der Verwaltung keine zentrale Versicherungsstelle gebe, die alle Policen pflege und ob der Aufwand für die Zusammenstellung der Daten tatsächlich so hoch wie angegeben sei.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) nimmt Bezug auf Ziff. 3.1 auf S. 7 der Vorlage und warnt davor, eine evtl. Ausschreibung von den dort genannten Zuschüssen abhängig zu machen, da ein unmittelbarer Sachzusammenhang bzw. eine Koppelung s. E. gegen gesetzliche Vorschriften verstoße.

Im Folgenden nimmt er Bezug auf die Darstellung der Schäden und stellt fest, dass durchschnittlich ein Schaden in Höhe von 1.690 € bei den angegebenen Schadensfällen entstanden sei. Da gerade Kleinschäden die Versicherungssumme in die Höhe trieben, wäre zu überlegen, einen teilweisen Selbstbehalt vorzusehen. Er sei sich sicher, dass man dadurch die Versicherungsprämie massiv senken könne.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) unterstützt das Anliegen des fw/bVb-Antrages. Entscheidend sei, dass der Fachbereich „Rechnungsprüfung“ eine Ausschreibung bereits seit Jahren fordere. Von daher hätte man das vorgeschriebene Verfahren schon längst vornehmen müssen und dürfe die Entscheidung im Übrigen keinesfalls abhängig machen von dem noch eingehenden Angebot der Axa.

Seine Fraktion erwarte in nächster Zeit eine Vorlage, die die Ausschreibung der Versicherungsleistungen zum Inhalt habe.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) ist der Ansicht, dass die Vorlage in der vorliegenden Form vertraulich hätte behandelt werden müssen.

S. E. sollte man den Empfehlungen des Rechnungsprüfungsamtes folgen und zumindest teilweise ausschreiben. Die Angst vor den Kosten einer Ausschreibung sei auch in anderen Bereichen immer wieder genannt worden, sei jedoch kein Grund.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz**, H. (fw/bVb) berichtet, dass er von einer Kommune, die eine Ausschreibung durchgeführt habe, gehört habe, dass letztendlich doch die Wahl auf Provinzial und GVV gefallen sei, allerdings mit wesentlich geringeren Jahresprämien. Er macht deutlich, dass es seiner Fraktion genau darum gehe, von den hohen Versicherungsprämien abzukommen.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) weist darauf hin, dass seine Fraktion noch Beratungsbedarf habe, zumal im Laufe der Beratung nun noch einige Aspekte, die zu klären seien, hinzu gekommen wären. Man müsse auch bedenken, was eine Ausschreibung koste und den Betrag in den Haushalt einsetzen. Bei der vorgeschlagenen Selbstbeteiligung müsse man ebenfalls die Auswirkungen auf den Haushalt prüfen.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) erklärt, dass bei einer Versicherung mit Selbstbehalt zwar Kosten entstünden, die jedoch durch geringere Versicherungsprämien wieder ausgeglichen würden. Man könne außerdem niemals Geld sparen, wenn man nicht die Kosten für eine Ausschreibung riskiere.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) bittet um eine Darstellung aller Aspekte in einer neuen Verwaltungsvorlage und um Beantwortung der Frage, in welchen Sparten ein Wechsel mit Wartezeiten verbunden sei.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) gibt zu bedenken, dass man möglicherweise einen Fachmann zu Rate ziehen müsse, da in der Verwaltung niemand gelernter Versicherungskaufmann sei.

**Fachbereichsleiter Becke** (FB 10) verweist auf Ziff. 3.5 auf S. 8 der Vorlage und macht nochmals deutlich, dass die Verwaltung selbst nicht in der Lage sei, eine solche Ausschreibung durchzuführen. Er weist darauf hin, dass auch diese Kosten berücksichtigt werden müssten, die sich allerdings nach einer gewissen Zeit amortisierten.

**Bürgermeister Kreuzberg** schlägt vor, die aufgeworfenen Fragen in einer neuen Vorlage zu beantworten und die Angelegenheit in der nächsten Hauptausschusssitzung noch einmal aufzugreifen.

---

Der Hauptausschuss vertagt die Angelegenheit.

- einstimmig -

**5.2 Heizungsanlagen in städtischen Gebäuden**  
**hier: Antrag der CDU-Fraktion vom 8.8.07**  
**Vorlage-Nr. 37/07**

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) bittet die CDU-Fraktion, die Formulierung des Antrages noch einmal zu überdenken, da s. E. weder der Hauptausschuss noch der Rat für die Beschlussfassung über eine Vergabe zuständig sei.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) macht deutlich, dass es sich hier um ein sog. „Inhouse-Geschäft“ handle und die Auftragserteilung in dieser Form an die Stadtwerke möglich sei.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) glaubt sich zu erinnern, dass es ein solches Wärmecontracting bereits gebe und erfolgreich praktiziert werde. Inhaltlich stimme man daher dem Beschluss zu.

Der **Geschäftsführer der Stadtwerke Brühl GmbH, Herr Gardemann**, bestätigt, dass man solche Contractinganlagen schon vor über 10 Jahren errichtet habe. Ca. 150 Nahwärmanlagen würden z.Z. selbst betrieben, wobei es sich nicht nur um städtische Anlagen handle.

Man habe die anwaltliche Bestätigung, dass eine Ausschreibung nicht erforderlich sei, da die Stadtwerke Brühl GmbH eine 100prozentige Tochter der Stadt Brühl sei. Es handle sich tatsächlich um ein Inhouse-Geschäft, da die Stadtwerke dies in ihrer Satzung ausdrücklich verankert hätten.

---

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, aus einer im Rahmen des Gebäudemanagements von der Gebausie erstellten Liste die städtischen Gebäude auszuwählen, für die eine neue Nahwärmanlage notwendig bzw. sinnvoll ist und nach Prüfung der wirtschaftlichen Sinnhaftigkeit die Stadtwerke Brühl GmbH zu beauftragen, diese Anlagen im Rahmen eines Wärmecontracting zu errichten und zu betreiben.

- einstimmig bei 1 Enthaltung -

**5.3 Sachstandsbericht Wirtschaftsförderung**  
**hier: Antrag der Grünen-Fraktion vom 16.11.06**  
**Bezug: Rat 11.12.06**  
**Vorlage-Nr. 193/88 b + c**

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

---

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) stellt fest, dass der Bericht sehr umfangreich, jedoch teilweise unkonkret sei. Aus diesem Grunde würden sich für seine Fraktion noch Nachfragen ergeben, die man in Kürze vorlege.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) hält die Vorlage für sehr informativ. Darüber hinaus enthalte sie auf S. 13 eine gute Überleitung zum nächsten Tagesordnungspunkt (Zweigleisiger Ausbau der Stadtbahnlinie 18), da „die passende Infrastruktur für ein Unternehmen, sei es die Anbindung an die Autobahn, die Schienennetze oder den öffentlichen Personennahverkehr“ dort als „wesentliches Entscheidungskriterium bei der Ansiedlung“ genannt werde.

**5.4 Zweigleisiger Ausbau der Stadtbahnlinie 18 von Brühl-Mitte bis Schwadorf**  
**hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 10.8.07**  
**Vorlage-Nr. 290/81 u**

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) erinnert an den bereits im Jahre 1992 gefassten beschluss und stellt kurz die derzeitige Situation dar. Er verweist auf die Stadt Bornheim, die es trotz ihrer schlechteren finanziellen Situation geschafft habe, einen zusätzlichen Haltepunkt auf ihrem Gebiet anzulegen. Darüber hinaus seien dort selbst auf schwierigem Gelände Teilstrecken zweigleisig ausgebaut worden.

Hier in Brühl habe man zwischen Brühl-Mitte und Schwadorf einen Siedlungsschwerpunkt geschaffen. Dem dadurch verursachten erhöhten Bedarf bei der Nutzung der Stadtbahnlinie 18 müsse man nun gerecht werden. Insbesondere während den Schulzeiten herrsche ein enormer Andrang an den Bahnhöfen, so dass ein 10-Minuten-Takt eingerichtet worden sei, der allerdings nicht funktioniere. Durch die Eingleisigkeit komme es zu erheblichen Engpässen in diesem Bereich.

Eine sparsame Lösung, die diesen Betrieb ermögliche, sei bereits vorgeschlagen. Hieran könne man noch weiter arbeiten.

Der Haushaltsrede und verschiedenen beiläufigen Bemerkungen des CDU Fraktionsvorsitzenden habe man jedoch entnehmen können, dass es nun fraglich sei, ob man das alles finanzieren könne und ob man sich nicht davon verabschieden sollte. Natürlich gebe es Folgekosten z.B. für den 10-Minuten-Takt. Diesen könnte man jedoch auf die Zeiten beschränken, in denen besonderer Bedarf bestehe. Außerdem gebe es Möglichkeiten, bestimmte Verkehre einzuschränken, wie z.B. den halbstündigen Verkehr werktags bis nach Schwadorf. Diese Bahnen würden kaum benutzt, so dass man durch deren Einstellung die Betriebskosten auf der anderen Seite senken könnte.

Es sei auf jeden Fall Zeit, endlich Farbe zu bekennen, zumal der Ausbau Beschlusslage sei. Es sei dringend erforderlich, möglichst bald zu einer Lösung zu kommen, nämlich den 10-Minuten-Takt zu Berufs- und Schulzeiten zu ermöglichen. Dies sei nur durch einen – wenn auch sparsam begrenzten – Ausbau möglich.

**Bürgermeister Kreuzberg** bestätigt, dass damals bei allen Fraktionen einheitlich der Wunsch zum zweigleisigen Ausbau bestanden habe.

Er weist darauf hin, dass in Brühl im Gegensatz zur Stadt Bornheim, die nicht NKF-Gemeinde sei, sich die Ausgabe als Aufwand darstelle und nicht abgeschrieben werden könne. Man müsse daher wachen Geistes auch die Konsequenzen bedenken.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) gibt zu bedenken, dass hinsichtlich der Einrichtung der Haltestelle Bornheim ein hochgradiges Interesse seitens der Stadt Bonn bestanden habe und die Aktion seines Wissens von dort aus betrieben worden sei.

In Brühl bestehe das Problem, dass die entstehenden Kosten in Höhe von 2,5 bis 3 Millionen Euro nicht aktivierungsfähig seien, und die Ausgabe daher den Haushalt gefährde. Natürlich sei man sich über die Zielsetzung „Zweigleisiger Ausbau“ einig; fraglich sei allerdings, ob man sich diese Ausgaben zum jetzigen Zeitpunkt, insbesondere wo man wichtige Aufgaben im Bildungsbereich zu erfüllen habe, leisten könne. Nach intensiver Güterabwägung sei seine Fraktion zu dem Ergebnis gekommen, dass die Erfüllung dieser Aufgaben höher zu bewerten sei und die Vorhaltung eines 20-Minuten-Taktes zur Daseinsvorsorge völlig ausreiche. Die CDU-Fraktion spreche sich daher dafür aus, das Ziel „Zweigleisiger Ausbau“ weiterhin zu verfolgen; eine Mittelbereitstellung sei z.Z. jedoch nicht möglich.

**Fraktionsvorsitzender Pitz** (FDP) führt aus, dass ein 10-Minuten-Takt sicherlich begrüßenswert sei; es fehlten jedoch Fahrgastentwicklungszahlen, die die Notwendigkeit belegten. Darüber hinaus müsse noch einmal intensiv geprüft werden, ob es nicht doch einen Weg zur Aktivierung der Ausgaben im Haushalt gebe. So würden PPP-Modelle z.B. auch diesbezügliche Möglichkeiten bieten.

**Bürgermeister Kreuzberg** macht deutlich, dass die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft ausdrücklich zu dem Ergebnis gekommen sei, dass es keine Aktivierungsmöglichkeit gebe.

Auch **Stadtkämmerer Freytag** bestätigt, dass es derzeit keine Lösung gebe. Einen Ausweg sehe er möglicherweise in einer Gegenleistungsverpflichtung, für die es z.Z. aber keine Grundlage gebe.

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) schließt sich der Meinung der SPD-Fraktion an, den zweigleisigen Ausbau der Stadtbahnlinie 18 voranzutreiben. Man gebe jährlich viel Geld über das notwendige Maß hinaus für andere Dinge aus. Wenn man also eine Chance sehe, solle man den zweigleisigen Ausbau in Angriff nehmen und zwar so, wie es im Antrag formuliert sei, nämlich mit Hilfe der Kompetenz der Verwaltung eine möglichst sparsame Lösung zu erarbeiten.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) gibt nochmals zu bedenken, dass das NKF in diesem Falle nicht nur bei der Investition von Nachteil sei; man müsse sich auch über die Folgekosten im Klaren sein.

**Ratsherr Breu** (SPD) weist auf den Gleichbehandlungsgrundsatz hin. Man müsse auch den Einwohnerinnen und Einwohnern in dem neu geschaffenen Siedlungsschwerpunkt einen 10-Minuten-Takt anbieten.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) gibt zu bedenken, dass die HGK flexibler geworden sei. Er schlägt vor, neu in die Verhandlungen zu treten, denn möglicherweise ergebe sich ein neuer Sachstand. Auch das haushalterische Problem müsse man versuchen zu lösen, zumal man auch in anderen Bereichen finanztechnische Lösungen gefunden habe. Man müsse es nur wollen und schauen, wo demgegenüber Einsparungen vorgenommen werden könnten. Er bittet, den Sachstand seitens der Verwaltung in einer Vorlage darzustellen.

**Fraktionsvorsitzender Schmitz**, H. (fw/bVb) versteht den SPD-Antrag so, dass seitens der Verwaltung in einer Vorlage die Möglichkeiten für eine möglichst sparsame Lösung dargestellt werden sollen. Er warte daher mit Spannung auf diese Vorlage, auf deren Grundlage man dann eine Entscheidung treffen könne.

**Ratsherr Gerharz** (CDU) bittet die Verwaltung, Kontakt aufzunehmen mit dem Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW), um zu klären, ob es hinsichtlich der Aktivierungsfähigkeit von Investitionen nicht möglicherweise zu gesetzlichen Modifizierungen komme.

**Stadtkämmerer Freytag** erklärt, dass es um diese Frage nicht gehe und es sich nicht lohne, eine zweite oder dritte Meinung von Wirtschaftsprüfern einzuholen. Es gehe vielmehr um die bestehenden Verträge, in der die ÖPNV-Infrastruktur-Leistungen vorgesehen seien. Diese vertraglichen Grundlagen seien zu einem Zeitpunkt geschaffen worden, als es noch kein NKF gegeben habe. Danach zahle die Stadt einen gesetzlich bzw. vertraglich festgelegten Investitionszuschuss.

**Ratsherr Gerharz** (CDU) fragt, ob man diesen Zuschuss nicht ummünzen könne in eine Beteiligung, die dann wiederum aktivierungsfähig sei.

**Stadtkämmerer Freytag** entgegnet, dass es hierfür keine Grundlage gebe.

**Bürgermeister Kreuzberg** tut sich schwer mit der Formulierung im SPD-Antrag, „den zweigleisigen Ausbau der Stadtbahnlinie 18 voranzutreiben“. Auch sei die Forderung, ein Konzept für eine möglichst sparsame Lösung zu erarbeiten, in der gegenwärtigen problematischen Situation, die im Übrigen noch zu klären sei, schwierig zu erfüllen. Er gibt zu bedenken, dass es einen Ratsbeschluss gebe und ein Mahnposten auch im Haushalt verankert sei. Aus diesem Grunde schlage er vor, noch einmal in die Klärung zu gehen und dann zügig zu entscheiden, ob und wie es weitergehen solle. Die Angelegenheit könne dann in der nächsten Hauptausschusssitzung noch einmal aufgegriffen werden.

**Fraktionsvorsitzender Klug** (CDU) bittet in diesem Zusammenhang auch um eine konkrete Aussage der Verwaltung zur angesprochenen haushaltsrechtlichen Situation.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) erklärt sich mit dem Vorschlag des Bürgermeisters einverstanden.

---

Der Hauptausschuss vertagt die Angelegenheit.

- einstimmig -

#### **6. Genehmigung einer Dienstreise nach Kunice/Polen Vorlage-Nr. 130/91 q**

Der HA genehmigt für folgende Ratsmitglieder eine Dienstreise in die Partnerstadt Kunice vom 7. bis 11. September 2007:

1. Bürgermeister Michael Kreuzberg
2. Frau Ellen Thoben-Kreuzberg
3. Erster Beigeordneter Brandt
4. Hanns-Henning Hosmann als Vertreter der CDU-Fraktion
5. Vera Salvador als Vertreterin der SPD-Fraktion
6. Jochem Pitz als Vertreter der FDP-Fraktion
7. Frau Margret Reuter (FB 40)
8. Frau Charlotte Hermann (FB 40)

- einstimmig -

#### **7. Mitteilungen**

##### **7.1 Haushaltseinbringung**

**Bürgermeister Kreuzberg** teilt mit, dass die feste Absicht bestehe, den Haushalt noch in diesem Jahr in der Ratssitzung am 10. Dezember 2007 einzubringen. Dies würde bedeuten, dass die ursprünglich im November vorgesehenen drei Etatberatungen des Hauptausschusses nicht erforderlich seien. Die Hauptausschusssitzungen am 5. und 26. November würden daher entfallen; der Termin für die Hauptausschusssitzung am 19. November 2007 bleibe hingegen bestehen.

## 8. Anfragen

### 8.1 Krups-Gutachten; Lenkungskreis

**Fraktionsvorsitzender vom Hagen** (Grüne) fragt, ob es den Lenkungskreis noch gebe und wenn ja, wann man entsprechende Informationen erhalte.

**Fachbereichsleiter Becke** (FB 10) teilt mit, dass er für die nächste Hauptausschusssitzung eine Vorlage vorbereite. Es seien inzwischen gemäß Beschlusslage Angebote eingeholt worden, die ausgewertet werden müssten. Darüber hinaus sei ein Auftrag an die Fa. KPNG ergangen, die 4 Masterplanprojekte, die sich mit dem Betriebshof befassten, zusammenzufassen in einen Prüfungsauftrag, um festzustellen, ob sich eine Übertragung der Aufgaben auf die Stadtwerke lohne.

**Bürgermeister Kreuzberg** ergänzt, dass dieser Auftrag auch der Mitarbeiterschaft vorgestellt worden sei; die Ergebnisse würden vorgelegt.

### 8.2 Regenpfütze

**Fraktionsvorsitzender Schmitz, H.** (fw/bVb) teilt mit, dass er festgestellt habe, dass auf dem Platz am Stern unmittelbar vor der Absperrung zur Pizzeria hin bei Regen eine große Pfütze entstehe. Er fragt, ob hier noch Gewährleistungsansprüche geltend gemacht werden könnten.

**Erster Beigeordneter Brandt** erklärt, dass das Problem bekannt sei und gelöst werde.

### 8.3 Straßenbauarbeiten Mühlenstraße

**Fraktionsvorsitzender Schmitz, H.** (fw/bVb) berichtet, dass derzeit wieder drei dicke Löcher in die Straße gestemmt würden, obwohl diese erst kürzlich mit einer Schwarzdecke versehen worden sei. Er fragt, warum dies notwendig sei und ob diese Arbeiten nicht im Rahmen der damaligen Bauphase hätten erledigt werden können.

**Erster Beigeordneter Brandt** erklärt, dass dort erst kürzlich festgestellt worden sei, dass es einen undichten Gasschieber gebe. Wegen der bestehenden Gefahr sei ein unverzüglicher Eingriff erforderlich gewesen. Dies habe mit der damaligen Maßnahme nichts zu tun und sei zu diesem Zeitpunkt noch nicht feststellbar gewesen.

### 8.4 Übergangsheim Burgstraße 7

**Fraktionsvorsitzender Schmitz, H.** (fw/bVb) fragt, warum das Haus noch immer mit Flüchtlingen belegt sei. Seines Wissens sollte das Gebäude leergeräumt und abgerissen werden.

**Bürgermeister Kreuzberg** bestätigt, dass eine Räumung des Hauses geplant gewesen sei. Zwischenzeitlich habe sich allerdings die Situation ergeben, dass man ein angemietetes Objekt habe frei machen können. Aus wirtschaftlichen Gründen habe man sich daher entschieden, zunächst das teurere Objekt zu räumen.

### 8.5 Veranstaltungen auf dem Parkplatz Eisenwerk

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) berichtet, dass es Beschwerden aus Brühl-Vochem gegeben habe über Belästigungen. Er fragt, wie man diesen Beschwerden Rechnung trage.

**Erster Beigeordneter Brandt** führt aus, dass er über die Beschwerden informiert sei. Die Angelegenheit sei geprüft worden und man habe festgestellt, dass sowohl alle Genehmigungen vorgelegen hätten als auch die Grenzwerte eingehalten worden seien. Die Beschwerdenanzahl habe sich im übrigen auf eine Beschwerde reduziert.

## 8.6 Phantasialand

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) fragt, ob es einen neuen Sachstand gebe.

**Bürgermeister Kreuzberg** verneint dies.

## 8.7 Trennung Kommunalwahl/Bundestagswahl

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) fragt, welche gesonderten Kosten eine Trennung von Kommunalwahl und Bundestagswahl verursachen würde.

**Bürgermeister Kreuzberg** befürwortet eine Trennung der Wahltermine. Es wäre schade, wenn bundespolitische Themen die städtischen Angelegenheiten überlagern würden. Die Entscheidung obliege jedoch einzig und alleine der Verantwortung des Innenministers. Er bittet, hier ggf. Einfluss geltend zu machen.

**Fraktionsvorsitzender Dr. Petran** (SPD) befürchtet, dass auf der anderen Seite die Wahlbeteiligung nachlassen könne.

### **Beantwortung in der Niederschrift:**

Eine Wahl verursacht jeweils separat durchgeführt Sachkosten in Höhe von ca. 20.000 €. Finden zwei Wahlen an einem Tag statt, führt dies zu leicht höheren Sachkosten von ca. 25.000 €. Hinzu kommen die Personalkosten, die nicht genau beziffert werden können.

Die Ausgaben für die Durchführung der Bundestagswahl werden erstattet; die Erstattung deckt allerdings nur die Sachkosten ab.

Eine getrennte Durchführung beider Wahlen würde Mehrkosten von ca. 5.000 bis 10.000 € verursachen.

## 8.8 Bauarbeiten Kaiserstraße/Schulstraße

**Ratsherr Gerharz** (CDU) teilt mit, dass die Anwohner ihre vorläufigen Gebührenbescheide bereits erhalten hätten. Er hält es für notwendig, hier eine Aufklärung seitens der Verwaltung zu betreiben. Er sei bereits von mehreren Bürgern angesprochen worden und hätte gerne gewusst, ob hier eine Informationsveranstaltung geplant sei.